

Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Wien, 5. April 2018

Geschäftszahl (GZ): BMDW-10.101/0013-IM/a/2018

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 252/J betreffend "Freihandelsabkommen EU-Mercosur", welche die Abgeordneten Josef Schellhorn, Kolleginnen und Kollegen am 5. Februar 2018 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

- *In welchen Sparten werden seitens des BMDW die größten Exportchancen für österreichische Unternehmen gesehen?*

Aus heutiger Sicht werden in folgenden Bereichen die größten Exportchancen gesehen:

- Maschinen und Anlagen
- Pharmazeutische Erzeugnisse
- Nahrungsmittel
- Medizin- und Messtechnik
- Erneuerbare Energien

Antwort zu den Punkten 2, 4 und 5 der Anfrage:

- *Liegen Studien vor, die die zu erwartenden wirtschaftlichen Effekte für Österreich abschätzen und wenn ja, können Sie die zentralen Ergebnisse kurz wiedergeben?*
- *Können Sie einen Überblick über den Stand der Verhandlungen geben?*
- *Wo liegen die kritischen Punkte bei den Verhandlungen und welche betreffen Österreich in besonderem Maße?*

Es ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 78/J zu verweisen.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

- *Können Sie im Speziellen die Interessenslage Österreichs im Bereich der Öffnung von Mercosur-Staaten im Bereich der Öffentlichen Auftragsvergabe erläutern?*

Die MERCOSUR-Staaten sind keine Vertragsparteien des plurilateralen WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA). Dies hat in der Regel zur Folge, dass nationale Bieter ausländischen bzw. österreichischen vorgezogen werden. Grundsätzliches Ziel der EU ist es, diese Ungleichbehandlung zu beseitigen, was natürgemäß einem wesentlichen österreichischen Interesse entspricht.

Konkret setzt sich Österreich, neben transparenten und nicht-diskriminierenden Regeln für die Vergabe öffentlicher Aufträge, für einen umfassenden Marktzugang ein, der auch die Gebietskörperschaften, hier vor allem im Infrastrukturbereich, umfasst.

Antwort zu Punkt 6 der Anfrage:

- *Wie wird seitens des BMDW folgende Stellungnahme des BMNT beurteilt: "Der von der EK vorgeschlagene Ansatz weit reichender Konzessionen (Gewährung von höheren Kontingenten oder rascher Zollabbau) bei für Österreich sensiblen Produkten insbesondere "Quality Beef", Getreide, Zucker und Ethanol wird vom BMNT jedenfalls nicht befürwortet." (<https://www.bmnt.gv.aUland/euinternational/eu-freihandelabkommen/mercousr.html>)*

Mein Ressort hat sich betreffend den Marktzugang für agrarische Produkte im Rahmen der EU-internen Positionierung entschieden gegen weitreichende Konzessionen zugunsten des Mercosur und für eine effektive Schutzklausel ausgesprochen. Für Rindfleisch und Ethanol strebt die EU daher Zollkontingente an, deren Umfang den Interessen der Landwirtschaft der EU und in Österreich gerecht wird. Die Qualität der Inhalte des Abkommens hat absoluten Vorrang vor einer raschen Einigung. Diese Position des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort ist mit dem Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus koordiniert.

Antwort zu Punkt 7 der Anfrage:

- *Wie schätzen Sie den kommenden Zeitplan ein und wann rechnen Sie mit einem Abschluss der Verhandlungen?*

Nach einer Verhandlungsrunde Ende November und Anfang Dezember 2017 in Brüssel fanden im Jänner 2018 und finden derzeit weitere Verhandlungen statt. Ein Abschluss im 1. Halbjahr 2018 erscheint realistisch.

Dr. Margarete Schramböck

